

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.11.2021

Inhalt

EWN

1 MV-Wirtschaft rechnet mit Einführung der Impfpflicht <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 23.11.2021</i>	3
2 Atomares Endlager in Oberfranken? Das spricht dagegen <i>Bayreuther Tagblatt (Online), 22.11.2021</i>	4

📰 Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard | 23.11.2021 | S. 1

📄 Auflage: 11.779 | Reichweite: 30.355

👤 Andreas Becker

MV-Wirtschaft rechnet mit Einführung der Impfpflicht

Ab morgen 3G-Regel am Arbeitsplatz – oder doch eine Impfpflicht für alle? In Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich bei der Antwort eine Tendenz ab.

Schwerin. Seit Tagen glühen zwischen Wirtschaftsministerium in Schwerin und den Unternehmerverbänden in Mecklenburg-Vorpommern die Drähte. Hintergrund: Bundestag und Bundesrat hatten in der vergangenen Woche beschlossen, ab Mittwoch dieser Woche die 3G-Regel am Arbeitsplatz einzuführen.

Die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern aber sieht die meisten Unternehmen nicht in der Lage, die 3G-Regel am Arbeitsplatz so kurzfristig und dann auch rechtssicher umzusetzen. „Es herrscht große Verunsicherung und auch Verärgerung bei den Arbeitgebern im Land“, erklärte der Geschäftsführer des Verbandes der Unternehmensverbände für MV, Sven Müller.

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) hatte bereits zum Ende der vergangenen Woche angeboten, zeitnah eine Task-Force Wirtschaft einzuberufen, um zu besprechen, wie das Land den Betrieben bei diesem Kraftakt zur Seite stehen könne.

Parallel spitzte sich in den vergangenen Tagen vor dem Hintergrund des rasant steigenden Infektionsgeschehens die Diskussion um die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht zu. „Es war ein Fehler der Politik, die Möglichkeit einer allgemeinen Impfpflicht von

vornherein auszuschließen. Sie hätte als Option immer mit kommuniziert werden müssen“, stellte Sven Müller gestern Nachmittag fest.

Der Wirtschaftsvertreter rechnet damit, dass die neue Bundesregierung nicht umhin komme, die Impfpflicht als letztes Mittel doch zu beschließen. Müller wörtlich: „Auch in der Wirtschaft nimmt die Zahl der Befürworter anlässlich nicht praktikabler Maßnahmen wie der 3G-Regel am Arbeitsplatz zu.“

Unterstützung erhalten die MV-Unternehmer von den beiden medizinischen Beratern der Landesregierung. So machte sich der Greifswalder Uni-Professor Lars Kaderali angesichts der niedrigen Impfquote in MV für eine allgemeine Impfpflicht stark. Im Nordosten sind rund ein Drittel der Bürger ungeimpft. Aufgrund des aktuellen Infektionsgeschehens sei absehbar, dass in MV in etwa zwei Wochen die Intensivbetten komplett belegt seien. Durch die niedrige Impfquote drohe eine fünfte Welle und insgesamt kein Ende der Pandemie. „Um aus dieser Endlos-Schleife herauszukommen, halte ich mittlerweile eine allgemeine Impfpflicht für sinnvoll“, so der Bioinformatiker. Ähnlich äußerte sich auch der Rostocker Infektionsmediziner Professor Emil Reisinger.



Bayreuther Tagblatt (Online) | 22.11.2021

Michael Kind

WEBLINK

Atomares Endlager in Oberfranken? Das spricht dagegen

Im heutigen (22. November 2021) Ausschuss für Klima, Umwelt und Landwirtschaft im Landratsamt Bayreuth beschäftigte man sich mit der Möglichkeit eines atomaren Endlagers in Oberfranken.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sucht derzeit nach einem geeigneten Standort für ein atomares Endlager. Der Geologe Andreas Peterek teilte im Ausschuss für Klima, Umwelt und Landwirtschaft im Landratsamt Bayreuth am Montag, den 22.11.2021, den aktuellen Sachstand mit.

Oberfranken für atomares Endlager geeignet?

Im September 2020 war von der BGE ein umfassender Zwischenbericht zu 90 Teilgebieten vorgelegt worden, die sich potentiell für die Errichtung eines Endlagers eignen könnten. Die sogenannte „Fachkonferenz Teilgebiete“, an der sich Wissenschaftler, gesellschaftliche Gruppen sowie Bürger und Vertreter der betroffenen Gebietskörperschaften beteiligen konnten, befasste sich anschließend in vier Sitzungen von Oktober 2020 bis August 2021 mit jenem Bericht, wie Peterek mitteilt. Auch im Juni befasste sich der Klima- und Umweltausschuss mit einem atomaren Endlager in Oberfranken.

Peterek stellte in seinem Vortrag die Ergebnisse der Konferenzen für Oberfranken vor. Der westliche Teil Oberfranken könne kein Wirtsgestein vorweisen, wes-

wegen er von Grund auf ungeeignet sei. Der mittlere Teil Oberfrankens gehöre zu einer 30 Kilometer breiten Bruchschollenzone mit vielen Brüchen. Daher falle auch der mittlere Teil weg. Im östlichen Teil Oberfrankens gibt es ebenfalls viele aktive geologische Störungen, z.B. durch Vulkane.

„Oberfranken hat Schwächen“

Peterek gibt auf Nachfrage im Ausschuss außerdem seine persönliche Meinung zum Besten: „Wir suchen das bestmögliche Endlagergebiet in Deutschland. Da hat unsere Region durch Erdbeben und nahe Vulkane Schwächen im Vergleich zu anderen Regionen.“ Hinweise darauf, dass es Oberfranken treffen könnte, gebe es daher nicht.

Aktuell befinde man sich laut Peterek noch in Phase 1 des Suchverfahrens, in der potentiell geeignete Regionen ermittelt werden. In Phase 2 würden diese dann übertägig, also oberirdisch, erkundet. Am Ende dieser Untersuchungen stünden zwei Regionen, die dann unterirdisch verkündet wurden. Bis 2031 soll das Auswahlverfahren abgeschlossen sein.